

## Reihe „1x1 der Wirtschaft“

Öffentliche Vorlesungsreihe im Garten des Instituts für Ökonomische Bildung  
An-Institut der Carl von Ossietzky Universität

28. Juni 2012

Zusammenfassung

# Europa meistern! Mit neuen Spielregeln aus der Krise?

Prof. Dr. Dirk Loerwald  
Institut für Ökonomische Bildung, Oldenburg



"In Friede geeint" lautet das offizielle Europamotto und in der Tat ist Europa seit nunmehr fast 70 Jahren kein Krisenherd im eigentlichen Sinn mehr. Gleichwohl ist auch heute die Rede von einer Krise, in der Europa steckt. Diese Krise hat aber vor allem ökonomische und politische Ursachen. Die Diagnose ist im Kern relativ klar: zu hohe Staatsverschuldung, krisengeschüttelte Banken und zu geringes Wirtschaftswachstum in einigen Euro-Ländern, allen voran Griechenland. Schwieriger ist die Frage nach der bestmöglichen Therapie, also nach den geeigneten politischen "Spielregeln". Aktuell werden viele mögliche Wege aus dieser Krise diskutiert und ausprobiert, von den so genannten Rettungsschirmen, Sparpaketen und Wachstumsimpulsen bis hin zu einem möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone oder der Abschaffung des Euro.

Die folgenden Punkte skizzieren die wesentlichen Inhalte des Vortrags:

- (1) Europa ist geographisch nicht eindeutig zu fassen, es handelt sich vielmehr um die „**Idee eines politischen Raums**“ (Herz, Dietmar 2012).
- (2) Die **zentralen Motive** für eine Gemeinschaft europäischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg waren vor allem Sicherheit, Frieden, Freiheit, Solidarität und Wohlstand in Europa. Diese Motive sind bis heute handlungsleitend für die europäische Integration.
- (3) Die Europäische Union (EU) ist eine **Wertegemeinschaft**, die gemäß Artikel 6 des Maastricht-Vertrags auf den Grundsätzen „Freiheit“, „Demokratie“, „Achtung der Menschenrechte“, „Grundfreiheiten“ sowie „Rechtsstaatlichkeit“ beruht.
- (4) Europa ist ein **Wirtschaftsverbund**. Die ökonomische Integration war seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 in Paris und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 in Rom ein zentrales Ziel der Gemeinschaft.
- (5) Betrachtet man die **Anzahl der Mitgliedsländer**, ist die europäische Integration eine Erfolgsgeschichte. Aus ursprünglich sechs Gründungsmitgliedern der EWG-Gründungsnationen sind heute insgesamt 27 EU-Staaten geworden.
- (6) Die **ökonomische Integration** wurde stufenweise realisiert: von einer Zollunion über den EU-Binnenmarkt bis hin zu einer weitestgehenden Wirtschafts- und Währungsunion.

- (7) Europa steht aktuell vor Herausforderungen, die die soziale, politische und vor allem ökonomische **Stabilität der Europäischen Union** nachhaltig gefährden können.
- (8) Wir haben in Europa nicht eine, sondern gleich **drei Krisen**: eine Bankenkrise, eine Schuldenkrise und eine Zahlungsbilanzkrise. Diese drei parallel auftretenden Krisen bedingen und verstärken sich zum Teil gegenseitig.
- (9) Die **Bankenkrise** betrifft die so genannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien). Die Krise in Spanien - der viertgrößten Volkswirtschaft in der EU - stellt aufgrund einer geplatzten Immobilienblase die wesentliche Herausforderung dar.
- (10) Die **Schuldenkrise** bezieht sich vor allem auf die Staatsschulden. Alle EU-Länder haben sich in den letzten Jahren über die Maße hinaus verschuldet, jedoch stellt Griechenland in dieser Hinsicht das größte Problem dar. Mit dem Euro sind die Zinsen in den südeuropäischen Ländern auf ein historisch niedriges Niveau gesunken, wodurch sich die Anreize für Politiker erhöht haben, schuldenfinanzierte „Wahlgeschenke“ zu verteilen.
- (11) Die **Zahlungsbilanzkrise** in den südeuropäischen Staaten (vor allem: Griechenland, Portugal, Zypern und in geringerem Umfang Spanien) resultiert aus einer Überfinanzierung des Lebensstandards durch starke Kapitalzuflüsse aus dem Ausland. Mit anderen Worten: Wer mehr importiert, als exportiert, der muss im Ausland Schulden machen. Griechenland, Spanien und Portugal haben aktuell Auslandsschulden in Höhe von ca. 100 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das manifestiert die fehlende Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder.
- (12) Die **bisherigen „Spielregeln“ der EU** (z. B. die „Konvergenzkriterien“ oder die „No-Bailout-Klausel“) wurden in vielen Fällen nicht eingehalten. Damit verstoßen die aktuellen Rettungsmaßnahmen zum Teil gegen geltendes EU-Recht.

- (13) Die **aktuell diskutierten Lösungsansätze** stehen im Spannungsfeld zwischen mehr oder weniger Europa. Während die politische Linie aktuell zu mehr Europa tendiert (Stichwort: politische Union), empfehlen deutsche Ökonomen nahezu einstimmig den Austritt und die geordnete Insolvenz Griechenlands und ggf. weiterer EU-Mitgliedsländer.
- (14) Das ifo-Institut in München (Hans Werner Sinn) schlägt als Lösung eine „**Politik der restriktiven Rettung**“ vor. Dieser Vorschlag beinhaltet drei grundlegende Vorgaben:
- öffentliche Mittel an überschuldete Länder knapp halten
  - eine Korrektur der fehlerhaften Lohn- und Preisstrukturen bewirken
  - Konkurse von stark überschuldeten Ländern zulassen
- (15) Bei den aktuell geplanten Maßnahmen wie dem **Fiskalpakt**, der **Bankenunion** oder den so genannten **Eurobonds** besteht aus ökonomischer Sicht die Gefahr, dass sich die EU zu einer Haftungsgemeinschaft bzw. Transferunion entwickelt, in der die wirtschaftlich starken Länder die wirtschaftlich Schwachen dauerhaft mitfinanzieren. Das setzt in den Krisenstaaten falsche Anreize und provoziert ein Aufschieben notwendiger Strukturreformen.